

Roter Fächer

Informationen der DKP Karlsruhe



Kita-Streik unterstützen!

Solidarität mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst.



Bilder: <https://mittelbaden.verdi.de/>

Seit dem 8. Mai streiken bundesweit **240.000 Beschäftigte** im kommunalen **Sozial- und Erziehungsdienst** für eine bessere Bezahlung und die notwendige Anpassung der Vergütung an die wachsenden verantwortungsvollen Aufgaben, die sie zu bewältigen haben. Die DKP ist solidarisch mit den Streikenden, die gleichzeitig auch die Interessen der 500.000 Erzieherinnen und Erzieher vertreten, die in **kirchlichen Einrichtungen** beschäftigt sind und nicht streiken dürfen! Mit gelungenen Aktionen verleihen sie ihren berechtigten Forderungen auch in **Karlsruhe** Nachdruck. So „stürmten“ am 28. Mai ca. 100 Streikende das Rathaus. „Leider ließen sich die Bürgermeister davon nicht beeindrucken und standen für ein Gespräch mit den Streikenden nicht zur Verfügung“ heißt es auf der Internetseite der **Gewerkschaft ver.di**.

Von den Dienstherrn wurde auch nach mehreren Verhandlungen **kein zufriedenes Angebot** unterbreitet. Die Arbeitgeber hatten bei ihren Vorschlägen für viele Tätigkeiten und ganze Berufsgruppen keinerlei Verbesserungen vorgesehen. Zur Begründung wurde die alte Leier von den **leeren Kassen** abgespielt. Zur Erinnerung: Als 2007 die Banken reihenweise Pleite gingen, standen über Nacht 480 Mrd. Euro zur Rettung

ihrer Profite zur Verfügung (Finanzmarktstabilisierungsfonds, FMS). Wenn es nun aber darum geht, den kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst aufzuwerten, wird um jeden Euro gefeilscht. Und nicht ohne Grund sind die kommunalen Kassen leer. Durch **Verzicht auf Vermögenssteuer und andere Steuergeschenke** hat die BRD in den letzten 25 Jahren großzügig auf rund **500 Mrd. Euro verzichtet** und den Unternehmern zugeschanzt. Es ist eine Verhöhnung der Erzieherinnen und Erzieher, der Eltern und Kinder angesichts dieser ungeheuren Summen zu behaupten, es sei kein Geld da.

Nach zweieinhalb Wochen Streik ohne Ergebnis haben sich ver.di und die kommunalen Arbeitgeber im Tarifkonflikt auf eine **Schlichtung** geeinigt. D.h. ab Montag, den 8. Juni gibt es vorerst eine **zweiwöchige Friedenspflicht**. Die Schlichtungskommission wird sich aus je acht Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaft und der kommunalen Arbeitgeber sowie zwei Vorsitzenden zusammensetzen. Die Empfehlung der Kommission ist nicht bindend. Sie wird anschließend von einer bundesweiten Streikdelegiertenkonferenz mit den Vertreterinnen und Vertretern aus den Streikbetrieben beraten und von diesen bewertet. -kaj

Sozial is' muss!

Erfolgreiche Vormaifeier von DKP und Karin Binder (MdB), die LINKE

Im Vorfeld zum 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse, veranstalteten die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und Karin Binder, Bundestagsabgeordnete der LINKEN, am 27. April eine gemeinsame Festveranstaltung im großen Saal des Restaurants „Walhalla“.



Die traditionelle Vormaifeier stand in diesem Jahr unter dem Motto **„70 Jahre Befreiung von Faschismus und Krieg“**. In der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 unterzeichneten die Vertreter der Wehrmacht in Berlin-Karlshorst die bedingungslose Kapitulation. Das faschistische Deutschland war besiegt, der Militarismus lag am Boden und die „Morgenröte der Menschheit“ (Peter Gingold) brach an. Zu diesem Anlass wurde der international renommierte **Historiker und Faschismusforscher Prof. Kurt Pätzold** eingeladen. Fünfzig interessierte Gäste folgten dem gemeinsamen Aufruf von DKP und Karin Binder, Bundestagsabgeordnete der LINKEN.

Kurt Pätzolds Vortrag thematisierte die Frage: **„Befreiung! Was sonst?“** Hierzu war zunächst zu klären, wie das mit den Deutschen war, als der Krieg zu Ende ging. Die Deutschen sahen sich 1945 mehrheitlich als Opfer. Sie fühlten sich von Hitler und den Nationalsozialisten verraten. Es war Hitlers Krieg, nicht der der Deutschen – so die vorherrschende Meinung. Die Schuld an der Misere wurde Hitler und den Nationalsozialisten zugewiesen, von denen man sich nunmehr zu distanzieren versuchte. Natürlich, erklärt Pätzold, waren die Deutschen auch Opfer. Aber es gibt einen Unterschied zu anderen Opfergruppen: „Die

Deutschen waren, bevor sie Opfer wurden, Instrumente des Faschismus.“ Die Deutschen waren **Opfer ihrer eigenen Schuld!**

Das Selbstverständnis der Deutschen als Opfer drückte sich auch in der Art und Weise aus, wie das Ereignis des 8./9. Mai 1945 benannt wurde. Unmittelbar nach Kriegsende sprach man von „Zusammenbruch“ oder „Katastrophe“ oder bemühte den juristischen Begriff der „Kapitulation“. Die Frage, warum der Krieg überhaupt so lange gedauert hat, wurde nie gestellt. Kurt Pätzold erklärt dies so: Der Krieg dauerte so lange, weil er eine **Massenbasis** in der deutschen Bevölkerung hatte und weil die Deutschen bis zur letzten Minute im Dienste des Militarismus **funktionierten**. 1918, zum Ende des 1. Weltkrieges, gab es eine Masse von Soldaten, die Befehle verweigerten und den Krieg sabotierten. Im 2. Weltkrieg gab es das nicht! Die Soldaten kämpften bis zuletzt, auch als die Lage bereits aussichtslos war.

In der DDR wurde der 8. Mai bereits 1950 zum Feiertag erklärt, zum „Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus“. In der BRD setzte sich erst in den 1980er Jahren die Erkenntnis durch, dass es sich tatsächlich um eine

Befreiung handelte. 1985 sorgte **Richard von Weizsäcker** für eine Sensation, als er im Rahmen einer Gedenkveranstaltung des Bundestages feststellte: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.“ Weizsäcker sprach nicht vom „Tag der Kapitulation“ oder vom „Kriegsende“, sondern nahm das Wort „Befreiung“ in den Mund. Dies war für die Verhältnisse der BRD ein großer Fortschritt. Richard von Weizsäckers Erklärung, der 8. Mai 1945 dürfe nicht vom 30. Januar 1933 getrennt werden, so richtig sie sei, greift in der Einschätzung Kurt Pätzolds aber historisch zu kurz. Denn fragt man nach den **Ursachen von Faschismus und Krieg**, so stellt man fest, dass diese sehr viel weiter in der Geschichte zurückgehen. Doch gerade die Frage nach den Ursachen wurde in der BRD nie gestellt – bis heute nicht! Die Berichterstattung in den Medien reduziert sich auf eine Darstellung von dramatischen Ereignissen, von Flucht, Vertreibung, Opferschicksalen etc. Wie es zu alledem kam wird dagegen nicht gefragt. Und wird die Frage nach den Ursachen doch einmal aufgegriffen, komme es zu Relativierungen und offener Geschichtsfälschung. Das alte Bild vom Deutschen als Opfer wird bemüht um die Schuld zu relativieren. Warum? Um die **aktuelle Politik** der Bundesregierung zu rechtfertigen – um zu rechtfertigen, dass von deutschem Boden wieder Krieg ausgeht, dass die Bundesregierung in der Ukraine mit Faschisten kooperiert, dass im Interesse derselben Konzerne, die Hitler an die Macht brachten, heute wieder demokratische und soziale Rechte abgebaut werden etc. Die wirkliche Geschichte Deutschlands passt nicht zu dem, was die Herrschenden gerne hätten – sie muss umgedeutet werden. Eine Strategie der Geschichtsfälschung ist die **Rede von den zwei deutschen Diktaturen**. Eigentlich, so die Propaganda, gab es im 20. Jahrhundert zwei Befreiungen – eine vom Faschismus und eine vom Kommunismus. Damit wird die Frage nach dem Wovon der Befreiung zu einer reinen Propagandaveranstaltung mit dem Ziel, den Kapitalismus in seiner heutigen Gestalt als die beste aller möglichen Gesellschaftsordnungen darzustellen. Diese sog. **„Totalitarismuskonzeption“** relativiert selbst noch die spärliche Erkenntnis von Weizsäcker.

Kurt Pätzold macht weitergehend darauf aufmerksam, dass der **Imperialismusbegriff** unverzichtbar ist, möchte man die Ereignisse des 20. Jahrhunderts, aber auch die aktuellen Entwicklungen, erklären. Mit dem Imperialismusbegriff können die Interessen- und Machtverhältnisse begriffen werden, die zu den zwei Weltkriegen führten, aber auch der gegenwärtigen Politik der Bundesregierung zugrunde liegen. Der Imperialismus ist außerdem

ein Epochebegriff, der den **Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus** beschreibt. Das 20. Jahrhundert war, so Kurt Pätzold, das Jahrhundert des (gescheiterten) Ausbruchversuchs aus dem Kapitalismus. Man müsse sich mit diesem gescheiterten Versuch beschäftigen und die Wahrheit nicht verleugnen. Der Beschäftigung müsse dabei aber die Intention zugrunde liegen, in Zukunft einen neuen Ausbruchversuch zu starten.



Kabarett „Riesen Krisenstimmung“

Demonstrationsrecht von Faschisten – Eine satirische Wortcollage

Kargida – Karlsruher gegen die Islamisierung des Abendlands.

Karlsruher und Zugereiste für die Abendlandisierung Deutschlands.

Zuge-ruchte und „kargida“sierte – für die Deutschlandisierung der Abende.

Verkarkte Krisenopfer demonstrieren für die Arisierung des Untergangs

Arsierte Ärsche produzieren braune Brühe.

Verfassungsschützende Verwalter, lassen spionieren.
Verwaltungsschützende Spione verwalten braune Brühe.

Braungebrühte Bullen verlassen die verwildernde Verwaltung.

Die schützen arisierte Ärsche verfassungs-fördernde Deutscherhaltung.

Wenn der Verfassungsschutz sich von der NPD nicht trennen lässt ... wer muss dann um sich fürchten?

Strukturell gefördert werden – die, die Sorgen, Sorgen, Sorgen sich.

Ganz patriotisch – sie nennen's: „un-idiotisch“, wollen sie schützen, was sie längst schon gaben...

...das bisschen Stundenlohn, das bisschen Arbeitsplatz, das bisschen Wertgefühl...

...Sie „dürfen“ nun betreut spazieren, verfassungsgeschützt, polizistisch dekoriert – publizistisch bagatellisiert, öffentlich belästigend und drohend und verrotzt: ihre braune Brühe blubbern.

1. Mai – Kampftag der Arbeiterklasse

auch das Resultat jahrelanger politischer Arbeit des DGB gewesen sei.

So richtig die Würdigung der Gewerkschaften und des DGB ist, so bemerkenswert ist aber auch, dass der Oberbürgermeister offenbar eine eklatante **Erinnerungslücke von 1945 bis 1990** hat. Gab es da nicht mal einen sozialistischen Staat auf deutschem Boden? Im Gegensatz zur BRD stellten die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in der DDR nicht die Opposition, sondern die Regierung! Im Parteiprogramm der DKP heißt es: „Die DDR, ihr konsequenter Antifaschismus, ihr Eintreten für Frieden, Entspannung und Abrüstung sowie die Verwirklichung elementarer sozialer Grundrechte gehören zu den **größten Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung** und sind Teil des humanistischen Erbes in Deutschland. ... Die Existenz des Sozialismus und seine Errungenschaften haben zugleich die Bedingungen für den Kampf um soziale und demokratische Reformen in den entwickelten kapitalistischen Ländern wesentlich verbessert. Die Bourgeoisie und ihre Regierungen waren durch die Systemkonfrontation zu bedeutenden Zugeständnissen gezwungen. Das galt besonders für die Herrschenden in der Bundesrepublik.“ Die DDR darf bei der Darstellung der Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung nicht fehlen! Sie saß als **„dritter Verhandlungspartner“** auch stets mit am Tisch, wenn Gewerkschaften in Westdeutschland mit den Interessevertretern des Kapitals verhandelten. Die erfolgreichen Kämpfe des DGB in Westdeutschland waren immer auch das Resultat der Existenz einer sozialistischen Alternative in Ostdeutschland.

Es ist kein Zufall, dass es infolge des Anschlusses der DDR an die BRD zu einem bis heute

andauernden **Abbau sozialer und demokratischer Rechte** gekommen ist. Mit der Agenda 2010 wurde seit Beginn der 2000er Jahre erstmals in der Geschichte systematisch ein **zweiter (Niedriglohn-) Arbeitsmarkt** eröffnet. Das gab es bis dahin nicht! Die **Reallöhne** haben in Deutschland im Jahr 2014 den Stand von 1992 erreicht, d.h. **seit 22 Jahren haben sich die Löhne im Durchschnitt nicht mehr erhöht!**

Deutschland führt wieder Krieg! Es ist kein Zufall, dass 1992, also unmittelbar nach dem Anschluss der DDR, die Verteidigungspolitischen Richtlinien des Verteidigungsministeriums geändert wurden um zukünftige Kriegseinsätze der Bundeswehr vorzubereiten (Stichwort: Jugoslawienkrieg). Im Jahr 2003 wurden die Richtlinien noch einmal verschärft (Stichwort: Afghanistankrieg). Der Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG-VK), Jürgen Grässlin, kommentierte damals: „Die Verteidigungspolitischen Richtlinien, die Minister Struck heute vorgestellt hat, stellen das **aggressivste deutsche Militärprogramm seit dem Zweiten Weltkrieg** dar.“ Solange es die DDR noch gab, konnte sich die Bundesregierung eine derart aggressive und militaristische Außenpolitik nicht erlauben. Die Existenz der DDR war friedensstiftend, da sie die Aggression des BRD-Imperialismus in Ketten legte - ihn zum Frieden zwang.

Diese größte Errungenschaft der Arbeiterbewegung in Deutschland hatte OB Mentrup in seiner Rede nicht auf dem Schirm. Am 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse, muss dagegen auch daran erinnert werden, dass es eine **sozialistische Alternative** zum BRD-Kapitalismus gab und gibt. -
kaj

Literaturempfehlung



Ein anderes Deutschland war möglich

Wir, die DDR und eine Zukunft ohne Kapitalismus

Broschüre der Sozialistischen
Deutschen Arbeiterjugend
(SDAJ)

36 Seiten
nur 1€

Bestellung: www.uzshop.de

info@dkp-karlsruhe.de

Antirassismus-Komitee der Vereinten Nationen kritisiert Zunahme von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland

UN-Gremium wirft Bund, Ländern und Kommunen Versagen im Kampf gegen Rassendiskriminierung vor. Die DKP Karlsruhe fordert den Gemeinderat und OB Mentrup auf, sich energischer und wahrhaftiger gegen KARGIDA zu engagieren.

Der **Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung der Vereinten Nationen** zeigt sich in seinem aktuellen Deutschland-Report zutiefst besorgt über die Zunahme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Das UN-Gremium stellt fest: „Das Komitee ist zutiefst besorgt über die Zunahme und Verbreitung rassistischen Gedankenguts durch bestimmte politische Parteien und Bewegungen und den Mangel an effektiven Maßnahmen und harten Bestrafungen solcher Verhaltensweisen“.

Der Ausschuss fordert den deutschen Gesetzgeber unmissverständlich auf, Rassismus in all seinen Formen auf Bundes- und Länderebene zu verbieten, inklusive indirekter Diskriminierung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Der **deutschen Justiz** wird vorgeworfen, rassistische Motive nicht zu erkennen oder nicht zu ahnden. Dem deutschen Recht fehle eine klare, juristisch bindende Rassismusdefinition. Alle möglichen Mittel sollten in Bewegung gesetzt werden um der Rassismusflut entgegenzuwirken. Namentlich fordert der Ausschuss die politischen Verantwortlichen in Deutschland auf, die systematischen Verfehlungen im Zusammenhang der Morde des „**Nationalsozialistischen Untergrunds**“ (NSU) aufzuklären.

Der Ausschuss zeigt sich zudem besorgt über das Anhalten rassistisch motivierter Übergriffe auf **Sinti und Roma** in Deutschland. Sinti und Roma würden auch von staatlicher Seite diskriminiert: Bei der Wohnungssuche, beim Zugang zum Bildungssystem, bei der Integration in den Arbeitsmarkt und beim Zugang zu Gesundheitsleistungen. Auch fehle es in Deutschland an einem Gedenktag an den Völkermord an den Roma durch den Hitlerfaschismus.

Das UN-Gremium kritisiert überdies die Zunahme gewaltsamer Übergriffe auf **Asylsuchende**. Der deutsche Staat schütze Asylsuchende nicht hinreichend. Stattdessen gebe es institutionellen Rassismus. So sei die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden und die Residenzpflicht **menschenrechtswidrig**. Ebenso

der eingeschränkte Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem.

Die Zunahme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit macht auch vor **Karlsruhe** nicht halt: Seit Anfang des Jahres marschieren regelmäßig Neonazis aus ganz Baden-Württemberg unter dem Namen „**KARGIDA**“ durch die Stadt. Die **NPD** mobilisiert zwischen Ostalb und Rhein-Neckar-Raum zu den Veranstaltungen von KARGIDA. Mit dabei war bereits der NPD-Landesvorsitzende Alexander Neidlein und der NPD-Kreisvorsitzende Jan Jaeschke. Als Bindeglied zwischen Partei, Kameradschaften und rechter Hooligan-Szene wirkt der mehrfach vorbestrafte Christian Hehl aus Mannheim. Auch die **Partei „Die Rechte“** beteiligt sich aus ganz Baden-Württemberg bei KARGIDA. Als Demo-Ordner hat KARGIDA die **Hooligan-Gruppierung „Berserker Pforzheim“** rekrutiert. Diese sorgten u. a. durch ihre Teilnahme am gewalttätigen HoGeSa-Aufmarsch in Köln für bundesweite Schlagzeilen. Der Karlsruher Mitbegründer der **Hooligans gegen Salafisten** (HoGeSa), Marc Hoppe, ist auch präsent. Angemeldet werden die KARGIDA-Kundgebungen von Thomas Rettig von der **AfD**.

Die **Stadt und insbesondere Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup** (SPD) spielen eine zweifelhafte Rolle und fördern mit ihrem Verhalten die Zunahme von Fremdenfeindlichkeit in Karlsruhe. Die Polizei tritt äußerst aggressiv gegen Gegendemonstranten auf. Antifaschistinnen und Antifaschisten werden brutal angegangen, in den Schwitzkasten genommen oder mit Schlagstöcken und Pfefferspray traktiert. Dass die Gewalt dabei von den Gegendemonstranten ausgeht, wie u. a. von den BNN propagiert wird, ist eine **glatte Lüge**. Videobeweise im Internet belegen, dass Polizisten ohne jeden Anlass willkürlich die Gegendemonstranten angehen (z.B. hier: <https://www.youtube.com/watch?t=43&v=BjHXVHMkAoo>)

Der Gemeinderat hat nun am 19. Mai auf Initiative des **Antifaschistischen Aktionsbündnisses Karlsruhe** (AAKA) eine Resolution unter dem Titel „Karlsruhe – Stadt der Vielfalt“ verabschiedet. Hier

wird eingeräumt, dass Karlsruhe „unerfreulicherweise zu einem Treffpunkt der rechtspopulistischen und rechtsradikalen Aktivitäten in der Öffentlichkeit in Baden-Württemberg geworden (ist)“. Der Gemeinderat spricht sich gegen „Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ aus, sowie „gegen Rechtsextremismus“. Was zunächst einmal begrüßenswert und positiv klingt, bekommt im letzten Satz jedoch einen **unschönen Beigeschmack**. Einen Tag vor der Gemeinderatssitzung setzte der Ältestenrat nämlich eine Änderung durch. Am Schluss des Textes wurde das Wort „Rechtsextremismus“ ausgetauscht gegen **„Extremismus in jeglicher Form“**. Jetzt steht da: „Karlsruhe steht gemeinsam für Toleranz und Vielfalt im städtischen Miteinander und gegen Extremismus in jeglicher Form“. Was als stilistische Änderung daher kommt, ist in Wahrheit eine politische Botschaft, die es in sich hat.

Denn die Formulierung „Extremismus in jeglicher Form“ schließt den sog. „Linksextremismus“ mit ein, d.h. auch den **Antifaschismus!** Denn im aktuellen Verfassungsschutzbericht BaWü 2013 heißt es: „Das traditionelle Aktionsfeld »Antifaschismus« war auch 2013 ein zentrales

Element der politischen Aktivitäten von Linksextremisten“. Also: Antifaschismus = Linksextremismus = verfassungsfeindlich. Der Gemeinderat distanziert sich in seiner Resolution also nicht nur von Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, sondern gleichzeitig auch vom antifaschistischen Gegenprotest. Dies ist **politisch kontraproduktiv** und zeugt nicht gerade davon, dass von Seiten der Stadt irgendwelche ernsthaften Anstrengungen unternommen werden, Karlsruhe von Neonazi-Aufmärschen zu befreien. Im 70. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg marschieren in Karlsruhe wieder Nazis – und die Stadt drückt sich um ihre Verantwortung.

Die Änderung des Resolutionstextes in letzter Minute hat **folgeschwere Konsequenzen**: Zum einen lässt sich der Gemeinderat ein Hintertürchen offen, die Resolution auch gegen Links wenden zu können und dadurch den antifaschistischen Protest zu diskreditieren. Zum anderen legt die Denkfigur, wonach es auf beiden Seiten „Extremisten“ gebe, von denen man sich distanzieren müsse, nahe, dass es auch auf beiden Seiten nicht-extremistische Bürgerinnen und Bürger gebe, mit denen man den Dialog suchen müsse. Damit ist der Grundstein gelegt, die rassistischen Forderungen der KARGIDA als Ausdruck „besorgter Bürger“ zu interpretieren, mit denen das Gespräch gesucht werden müsse. Die DKP hält dem entgegen: **Rassismus ist nicht diskutabel!** Die Positionen von KARGIDA sind unannehmbar und nicht politisch verhandelbar. Rassismus und Faschismus sind keine Themen für eine Diskussion mit offenem Ausgang. Desweiteren könnte die „Extremismuskeule“ im Gemeinderatsbeschluss von konservativen Kräften instrumentalisiert werden, um das städtische „Netzwerk gegen rechts“ in ein „Netzwerk gegen Extremismus“ zu verkehren. Die CDU hat dies schon mehrfach gefordert und hat jetzt auch noch einen Gemeinderatsbeschluss auf ihrer Seite.

Wenn man sich die Zustände in Karlsruhe betrachtet und die unrühmliche Rolle von Stadt, Polizei und Presse, dann ist es nicht verwunderlich, wenn der **Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung der Vereinten Nationen** in seinem aktuellen Deutschland-Report eine Zunahme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit feststellt. Ausdrücklich stellt das UN-Gremium fest, dass der Rassismus geschürt wird durch „bestimmte politische Parteien und Bewegungen“ – damit sind auch PEGIDA bzw. KARGIDA gemeint! Der Forderung des Ausschusses nach „effektiven Maßnahmen und harten Bestrafungen solcher Verhaltensweisen“ muss nachgekommen werden. -
 kaj

Infobox

Der vollständige Bericht des Antirassismus-Ausschusses der UN kann hier nachgelesen werden (englisch):

http://karlsruhe.vvn-bda.de/wp-content/uploads/sites/49/2015/05/INT_CERD_COC_DEU_20483_E.pdf

Eine interessante Broschüre der *DGB Jugend* zum Extremismusbegriff steht hier zum Download bereit:

https://www.dgb-bestellservice.de/besys_dgb/pdf/DGB41542.pdf

Aktuelle Informationen zu Veranstaltungen und Aktionen in Karlsruhe liefert das „Netzwerk gegen recht“:

<http://ka-gegen-rechts.de/>

Veranstungshinweis



Film- und Diskussionsveranstaltung

mit dem Regisseur Tobias Kriele

Samstag, 27. Juni 2015

Dorfschänke
Am Künstlerhaus 33
76133 Karlsruhe

ab 18.30 Uhr



Deutsche Post verschärft Tarifkonflikt – Weichen stehen auf STREIK!

Die Deutsche Post AG hat am 4. Juni die ihr von der Gewerkschaft ver.di gesetzte Frist zur **Beilegung des Arbeitskampfes** im Konzern verstreichen lassen. Die Gewerkschaft legte zuvor im Tarifkonflikt um die Arbeits- und Entgeltbedingungen der rund 140.000 Tarifkräfte nach **zehn erfolglosen Verhandlungstagen** einen tragfähigen Kompromiss vor. Das „Gesamtpaket“ sah vor, dass die Beschäftigten unter anderem auf lineare Einkommenserhöhungen verzichten und eine lange Laufzeit des Vertrages akzeptiert hätten. Die an den Konzern gerichtete Bedingung war die **Rückführung ausgegliederter Unternehmensteile** in den **Geltungsbereich des Haustarifvertrages**. Zuvor hatte die Post AG versucht, durch Outsourcing die Kampffähigkeit der Belegschaften zu schwächen. Dies geschah unter **Bruch** eines mit der Gewerkschaft ver.di ausgehandelten Vertrages, der die Fremdvergabe auf maximal 990 Zustellbezirke beschränkte.

Die stellv. Vorsitzende von ver.di Andrea Kocsis sagte: „Während zehn Verhandlungstagen seit Mitte März hat sich die Deutsche Post AG nicht in Richtung einer Konfliktlösung bewegt. Deshalb haben wir als Gewerkschaft ein umfassendes Angebot unterbreitet. ... Dass die Deutsche Post AG die Erklärungsfrist ignoriert, ist ein unter Tarifvertragsparteien sehr ungewöhnliches Verhalten und wirft die Frage auf, ob das Unternehmen überhaupt ein Interesse an einer Lösung am Verhandlungstisch hat“. Nun stehen die **Weichen auf Streik!** In einer Pressemitteilung von ver.di vom 10. Juni heißt es, dass sich bereits 14.500 Post-Mitarbeiter aus den 83 Briefverteilzentren und der Berliner Zustellung im Dauerstreik befinden. - kaj

UNSERE zeit

UZ - unsere zeit - Wochenzeitung der DKP

Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:
info@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 - 17 78 89 23 - www.dkp.de